

## Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 03.03.2015

### **Südniedersachsen stärken - integriertes, territoriales Investitionsprogramm bei der EU beantragen**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Der Landtag stellt fest:

- Eine Sonderförderung aus den Mittel der europäischen Strukturförderung für die Periode 2014 bis 2020 ist von der Landesregierung für die Region Südniedersachsen nicht beantragt und insofern von der Europäischen Kommission auch nicht genehmigt worden. Deshalb gibt es bei der Genehmigung von Förderanträgen aus Südniedersachsen keinen Vorteil und auch keine Besserstellung im Vergleich mit anderen Regionen.
- Das Wahlversprechen von 100 Millionen Euro zusätzlich aus EU-Mitteln, Landes- und Bundesmitteln durch den Ministerpräsidenten Weil war so von Anfang an weder rechtlich noch tatsächlich haltbar.

Der Landtag begrüßt, dass in der Region Südniedersachsen

- die Handlungsfähigkeit der Kommunen durch eine Entschuldungshilfe in Höhe von über 400 Millionen Euro aus dem Zukunftsvertrag gesichert werden konnte,
- eine Sonderförderung der Kommunen im Zukunftsvertrag in den Ziffern 9 vereinbart worden ist, auf der jetzt aufgebaut werden kann,
- sich die Landkreise und (kreisangehörigen) Kommunen zu einer engeren Kooperation bereitklärt haben und insbesondere auf den Feldern „Virtuelle Mobilität“, „Regionale Mobilität“, „Wissensaustausch und Technologietransfer“, „Arbeitskräftepotentiale“, „kulturelle und landschaftliche Attraktivität sowie touristische Wertschöpfung“ und „Daseinsvorsorge und Lebensqualität“ nunmehr innovative Projekte initiieren.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. in Zusammenarbeit mit den kommunalen Entscheidungsträgern für die geplanten Förderschwerpunkte einen Antrag auf ein „INTEGRIERTES, TERRITORIALES INVESTITIONSPROGRAMM“ in Höhe von 200 Millionen Euro vorzubereiten und mit der EU-Kommission zu verhandeln und
2. auf der Grundlage des von der EU-Kommission bereits genehmigten niedersächsischen Multifondprogramms Mittel in Höhe von mindestens 75 Millionen Euro in Form von Regionalen Teilbudgets den Landkreisen zur unbürokratischen Förderung von kleinen Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

#### Begründung

Die Regionen Niedersachsens entwickeln sich teilweise immer schneller auseinander. Einigen Wachstumsregionen im Westen und um die Städte Bremen, Hannover und Hamburg stehen Teilräume gegenüber, deren demografische und wirtschaftliche Entwicklung die Landespolitik vor große Herausforderungen stellt.

In den Landkreisen Goslar, Osterode, Göttingen, Northeim und Holzminden wird die Bevölkerung bis 2030 um 20 % oder mehr zurückgehen. Ähnlich ist die Situation in den Landkreisen Helmstedt, Wolfenbüttel, Hameln-Pyrmont, dem Südkreis Hildesheim, dem Nordkreis Gifhorn und der Stadt Salzgitter. Auch hier ist von teilweise gravierendem Bevölkerungsschwund und einem hohen Altersdurchschnitt auszugehen. Hinzu kommt, dass die Beschäftigung in Südniedersachsen seit 1999 kontinuierlich abnimmt und die Arbeitslosigkeit teilweise deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt liegt.

Die weitreichenden Auswirkungen sind bereits heute vielerorts schmerzhaft zu spüren: Auslastung und Finanzierbarkeit der öffentlichen Infrastruktur zur Daseinsvorsorge geraten trotz der erheblichen Anstrengungen der CDU-geführten Landesregierung in den zurückliegenden beiden Legislaturperioden unter Druck. Einwohnerzahlen sinken, Fixkosten für Ver- und Entsorgungseinrichtungen bleiben hingegen hoch. Steigende Gebühren müssen von immer weniger Zahlungspflichtigen geleistet werden. Diese Entwicklungen belasten die Bürgerinnen und Bürger und verringern zusätzlich die Attraktivität der im Wettbewerb mit anderen Regionen stehenden süd- bzw. südöstlichen niedersächsischen Landesteilen.

Besonders in kleineren Gemeinden und in Bereichen mit dörflich geprägten Strukturen ist die Grundversorgung mit unverzichtbaren örtlichen Leistungsangeboten wie Schulen, Kindergärten, Gesundheits- und Beratungseinrichtungen gefährdet. Daran hat sich auch zwei Jahre nach Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung nichts geändert.

Diese negativen Entwicklungen beeinträchtigen die Attraktivität der Region als Wirtschaftsstandort. Für Unternehmen wird es unter diesen Rahmenbedingungen zunehmend schwieriger, dringend benötigte Facharbeitskräfte anzuwerben. Zusätzliche Unternehmensansiedlungen bleiben aus. Im Zuge dessen gerät nicht zuletzt auch die wirtschaftliche Gesamtentwicklung in Gefahr.

Südniedersachsen verfügt über vielfältige Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger, über leistungsfähige Unternehmen und eine zukunftsweisende Wissenschaftslandschaft. Zusammen mit kommunalpolitischen Akteuren in den Stadt- und Gemeinderäten und den Kreistagen gilt es jetzt auf den Grundsteinen, die in den zurückliegenden beiden Legislaturperioden gelegt wurden, aufzubauen, Südniedersachsen zu stabilisieren, weiterzuentwickeln und fit zu machen.

Auf der einen Seite sind viele Projekte und Ideen vorhanden. Auf der anderen Seite steht das bisher unerfüllte Versprechen der rot-grünen Landesregierung, Südniedersachsen mit für die Region speziell reservierten Fördermitteln aus Brüssel in Höhe von bis zu 100 Millionen Euro zu fördern. Dieses Versprechen war von Anfang an nicht einlösbar. Nun gilt es, das Beste aus der Situation zu machen und die von der EU vorgegebenen Instrumentarien, insbesondere das sogenannte INTEGRIERTE, TERRITORIALE INVESTITIONSPROGRAMM für Südniedersachsen zu nutzen.

Nach Gesprächen im Rahmen einer kürzlich stattgefundenen Reise des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung des Landtages nach Brüssel mit hohen Beamten der EU-Kommission, ergeben sich auch nach der Genehmigung des niedersächsischen Multifondsprogramms weiterhin Perspektiven für eine Sonderförderung Südniedersachsens. Insbesondere der für die Regionalpolitik verantwortliche Abteilungsleiter der zuständigen Generaldirektion hat zugesichert, dass ein noch nachträglich eingereichtes ITI-Programm Aussicht auf Erfolg hätte. Dies gilt im besonderen Maße, da die EU Kommission dieses neue Förderinstrument - angelehnt an die niedersächsischen regionalisierten Teilbudgets der vergangenen Förderperiode - extra für strukturschwache Regionen wie Südniedersachsen konzipiert hat.

In der Vergangenheit hat der Ministerpräsident daraufhin gewiesen, dass bei der Anmeldung eines solchen Programms noch keine Konzepte entwickelt worden seien. Heute könnte die Landesregierung auf den Sachverstand in der Region setzen, auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger - und mit einem Sonderfonds in Höhe von 200 Millionen Euro die Region nachhaltig stärken.

Um jedoch nicht nur für Südniedersachsen das Bestmögliche im Rahmen der EU-Förderung zu erreichen, ist es erforderlich, das erfolgreiche Förderinstrument der zurückliegenden EU-Förderperiode parallel zu nutzen. Deshalb muss die Landesregierung den Landkreisen und kreisfreien Städten in ganz Niedersachsen Mittel in Höhe von mindestens 20 Millionen Euro in Form von regionalen Teilbudgets zur unbürokratischen Förderung von kleinen Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Auch dies ist nach den Aussagen des für die Regionalpolitik verantwortlichen Abteilungslei-

ters der zuständigen Generaldirektion während der Gespräche im Rahmen der Brüsselreise des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung nach wie vor möglich.

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender